

## GERICHT VERWIRFT PLANUNGSGRUNDLAGE – SENAT ORIENTIERUNGSLOS

# Chaos bei der Flughafenplanung

**Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Alexander Kaczmarek, sieht in seinem Namensartikel den Senat orientierungslos beim derzeitigen Planungsstand der neuen Flughafen Berlin-Brandenburg-International in Schönefeld:**



Der neue Flughafen Berlin-Brandenburg-International ist das wichtigste Verkehrsinfrastrukturprojekt in den neuen Ländern. Eine Jobmaschine soll er werden, die die Region Berlin-Brandenburg aus der wirtschaftlichen Talsohle zieht. Davon ist nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts erst einmal keine Rede mehr. Das Oberverwaltungsgericht Brandenburg erklärte eine wesentliche Planungsgrundlage für den neuen Flughafen BBI für unwirksam. Dieses Urteil ist mehr als ein be-

sorgniserregender Rückschlag für das Projekt. Weil bisher noch nicht abzusehen ist, inwieweit diese Entscheidung auch den Planfeststellungsbeschluss über den eigentlichen Flughafenstandort Schönefeld berühren wird.

Leider hat sich der Berliner Senat allzu sehr auf die Zusicherung des Landes Brandenburg verlassen, das die rechtlichen Voraussetzungen ohne größere Schwierigkeiten geschaffen werden können.

### „gravierende handwerkliche Fehler“

Ernsthaft auf die Finger gekuckt hat der gemeinsamen Landesplanungsabteilung niemand aus dem Senat. Wie sich jetzt aber herausgestellt hat, sind offenbar gravierende handwerkliche Fehler gemacht worden, die im schlimmsten Fall ein Scheitern des Gesamtvorhabens BBI bedeuten könnten. Damit

wären katastrophale Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung einer ganzen Region verbunden. Nun heißt die Strategie: haltet den Dieb! Die Beamten in der Behörde sollen nun als Bauernopfer dienen um zu verschleiern, dass der Senat tief geschlafen hat. Dass Wowereit den Flughafen zur Chefsache erklärt hat, hat an dem schleppenden und chaotischen Verlauf des Projekts nichts geändert.

Das Ansehen Berlins ist durch die schier endlose Reihe von Pleiten, Pech und Pannen im Zusammenhang mit der Flughafenplanung schwer angeschlagen.

Der Senat ist jetzt gefordert, schnellstmöglich festzustellen, wie diese Fehler wieder korrigiert werden können. Die Devise „Augen zu und durch“ kann nur zur Katastrophe bei der Entscheidung beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig führen. Insbesondere muss geklärt werden, ob eine erneute Aufstellung eines Landesentwicklungsplanes erforderlich

sein wird oder ob lediglich Nachbesserungen ausreichen um den Planfeststellungsbeschluss für BBI nicht zu gefährden.

Der Berliner Senat muss endlich handeln und seine eigene Verantwortung für das Gelingen dieser Flughafens wahrnehmen, d.h. die Planungen stärker als bisher kontrollieren.

### „Senat muss endlich handeln“

Dabei muss jetzt gelten - Sorgfalt geht vor Schnelligkeit. Wenn erforderlich sollte zur Unterstützung der Brandenburger Behörden zusätzliche qualifizierte Fachkräfte und materielle Unterstützung angeboten werden, denn eins ist klar: Die deutsche Hauptstadt braucht internationale Flugverbindungen und einen leistungsfähigen Flughafen nach modernstem Standard. Kurz gesagt, Berlin kann es sich gar nicht leisten, sich den neuen Flughafen nicht zu leisten.

## IN KÜRZE

### Fiktive grüne Wahlhelfer

Frei erfundene Personen im Wahlprogramm der Grünen sorgen in Schleswig-Holstein für politischen Wirbel. Die Grünen werben in ihrem Programm zur Landtagswahl am 20. Februar mit 15 frei erfundenen Personen und deren Geschichten für ihre Politik.

### NATO

Wir brauchen eine gestärkte NATO - und keine relativierte, meint Angela Merkel zu den Vorschlägen von Bundeskanzler Schröder. Politische Fragen sollten erst in der NATO besprochen werden, meint Merkel im Interview mit n-tv.

### CDA-Zukunftspreis für Beckenbauer

Die CDU-Sozialausschüsse (CDA) vergeben ihren diesjährigen Zukunftspreis an Fußball-Idol Franz Beckenbauer (59). Der Arbeitnehmerflügel der CDU würdigte mit seiner Entscheidung die vom Präsidenten des FC Bayern München gegründete Beckenbauer-Stiftung. Die Stiftung hilft behinderten und unverschuldet in Not geratenen Menschen.

### Studiengebühren

Das Bundesverfassungsgericht hat den Ländern die Kompetenz für die Einführung von Studiengebühren zugebilligt. Das Gebührenverbot von Bundesministerin Bulmahn verstößt gegen das Grundgesetz, stellten die Karlsruher Richter fest.

### Heide Simonis weggeputzt

Kommenden Sonntag will Heide Simonis putzen. Sie will so ihre Nervosität vor dem Ausgang der Landtagswahl in Schleswig-Holstein abbauen. Nicht ohne Grund, denn das „Paroli“-Fernseh-Duell, das die Ministerpräsidentin am Dienstagabend zusammen mit CDU-Herausforderer Peter Harry Carstensen bestritt, legte die miserable Bilanz der rot-grünen Regierung schonungslos offen.

## Verfassungseid bei Einbürgerung



**Bei der Einbürgerung soll durch einen Verfassungseid ein klares Bekenntnis zu Deutschland abgeben werden. Dafür tritt Frank Henkel, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, in folgendem Namensartikel ein.**

Ein Eid auf die Verfassung ist in vielen Ländern wie in den USA eine langjährige Tradition und von hoher Bedeutung. Die CDU spricht sich dafür aus, einen Eid auch in Deutschland mit der Verleihung der Staatsangehörigkeit zu verbinden. Das Land Niedersachsen hat dazu eine Bundesratsinitiative gestartet, die auch das Land Berlin unterstützen sollte. Dabei soll der Eid als Teil des

Einbürgerungsverfahrens in das Staatsangehörigkeitsgesetz aufgenommen werden. Grundlage unseres Zusammenlebens in Deutschland ist nicht eine multikulturel-

einbürgern lassen wollen, ein klares Bekenntnis zu Deutschland ablegen. Der Eid sollte folgenden Wortlaut haben:

„Ich schwöre, dass ich als



Verfassungseid bald auch in Deutschland bei der Einbürgerung?

le Beliebigkeit, sondern die Werteordnung unserer Kultur. Integration und Einbürgerung setzen voraus, dass diese Werteordnung auch akzeptiert wird. Deswegen müssen Ausländer, die sich

deutscher Staatsangehöriger (deutsche Staatsangehörige) das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was dem deutschen

Staat schaden könnte. So wahr mir Gott helfe.“

Aktuell wird die Einbürgerung durch die schlichte Übergabe einer entsprechenden Urkunde vollzogen. Auf diese Art wird der Bedeutung der Einbürgerung nicht in angemessener Form Rechnung getragen. Vor allem wird dies von den Betroffenen häufig als unbefriedigend empfunden.

Einige Behörden sind daher schon von sich aus dazu übergegangen, die Einbürgerungsurkunden im Rahmen einer kleinen Feierstunde auszuhändigen. Daneben ist es aber auch erforderlich, von den Betroffenen ein deutliches Bekenntnis zur Werteordnung der Bundesrepublik zu verlangen. Auf diese Art wird die erforderliche Bindung aller Deutschen an die staatliche Gemeinschaft unterstrichen.